

Politik | Ständeratskommission beschloss Massnahmenpaket für die Klimapolitik

Ein Klimafonds für Naturgefahren

BERN / WALLIS | Kürzliche Verwüstungen in Chamoson und Zermatt zeigen, dass Frühwarnsysteme bei drohenden Naturgefahren Schäden mindern und gar Leben retten können. Zur Finanzierung soll auf Vorschlag von Ständerat Beat Rieder der im CO₂-Gesetz geplante Klimafonds benutzt werden können.

THOMAS RIEDER

Der Durchbruch in diese Richtung gelang Rieder nach monatelanger Überzeugungsarbeit in der letzten Sitzung der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (UREK-S). Dort wurde im Beisein von Bundesrätin Simonetta Sommaruga beschlossen, dem Ständerat eine mehrheitsfähige neue Lösung des CO₂-Gesetzes zu unterbreiten, nachdem die Totalrevision im Nationalrat gescheitert war.

Vielfältige Massnahmen

Die ständerätliche Kommission geht in ihrem Entwurf von einem ganzen Massnahmenpaket aus. Zur Verminderung der Treibhausgasemissionen sollen etwa eine Flugticketabgabe, CO₂-Grenzwerte für Gebäude und schwere Lastwagen, ein Klimafonds, Kompensationen bei fossilen Treibstoffen, eine Erhöhung der CO₂-Abgabe und selbst klimaverträgliche Ausrichtungen der Finanzmittelflüsse eingeführt werden. Mit diesem breiten Fächer an Massnahmen soll es möglich werden, das Nettonullemissionsziel bis 2050 gemäss Pariser Abkommen zu erreichen.

Nach einer letzten Überprüfung soll in der Kommission am 2. September die Gesamtabstimmung erfolgen mit dem Ziel, das Geschäft in der kommenden Herbstsession im Ständerat zu beraten.

Ein Klimafonds zur...

Was hier mit dem regionalpolitischen Blick auf die jüngsten Unwetterereignisse von Chamoson, aber auch beim über die Ufer tretenden Triftbach in Zermatt, besonders interessiert, ist die im Rahmen der

Totalrevision geplante Schaffung eines neuen Klimafonds. Ihm sollen aus verschiedenen Einnahmequellen Mittel zugeführt werden. Namentlich sind das die Erträge aus Versteigerungen von Emissionsrechten und Sanktionsmassnahmen vor allem bei Fahrzeugen. Der Klimafonds wird auch aus der CO₂-Abgabe gespeist. Die nicht zweckgebundenen Anteile der CO₂-Abgabe (zweckgebunden dienen sie der Minderung der Emissionen) sollen an die Bürgerinnen und Bürger sowie an die Wirtschaft rückverteilt werden. Ständerat Rieder schätzt, dass es sich bei diesem stark schwankenden Betrag jährlich um 80 bis 120 Millionen Franken handeln könnte.

...Schadensvermeidung

Im Rahmen einer nicht abschliessenden Aufzählung ist schon mal definiert, dass der Bund aus dem Klimafonds auch Massnahmen finanziert, die darauf abzielen, durch den Klimawandel bedingte Schäden zu vermeiden. Und hier kommt nun die Motion ins Spiel, die Rieder bereits im Oktober 2018 eingereicht hat – und damals vom Bundesrat zur Ablehnung empfohlen wurde, obwohl die Notwendigkeit in der Sache nicht bestritten war. Über eine Eingabe von Nationalrat Philipp Matthias Bregy kam Rieders Motionsgedanke wieder auf die parlamentarische Agenda. Die UREK-N trägt jedenfalls Rieders Idee mit, das Projekt OWARNA (optimierte Warnung, Alarmierung und Intervention) bei drohenden Naturgefahren zu unterstützen. Laut Rieder fasste der Bundesrat von der Kommission UREK-S den Auftrag, OWARNA prioritär zu finanzieren.

Warnsysteme verbessern

In der Sache geht es darum, dass die Schweiz flächendeckend ein System zur Warnung und Alarmierung vor Naturgefahren erhält. In den Mitteln des künftigen Klimafonds sieht Rieder das passende Gefäss, die für OWARNA benötigten Ressourcen freizubekommen. Die Kommissionenmehrheit stützt diese Haltung.



Hochwasserschäden in Chamoson. Ein Klimafonds im revidierten CO₂-Gesetz sollte sie vermeiden helfen.

FOTO KEYSTONE

Es liegt auf der Hand, dass der Schutz vor Naturgefahren besonders in den Berggebieten einen grossen Bedarf hat, namentlich in den Bereichen Steinschlag, Hochwasser, Murgänge und Lawinen. Das tragische Unglück von Chamoson ist ein typisches Beispiel, um mit den Mitteln aus dem Klimafonds des CO₂-Gesetzes zu intervenieren. Es geht darum, mit präventiven Bauten von Schutzmauern bis Aufforstungen Schäden vermeiden zu helfen. Mitunter könnten mit diesen Geldern auch entstandene Schäden gedeckt werden. Funktionierende, krisensichere Vorhersage-Systeme und Warnanlagen würden die Sicherheit der Bevölkerung in potenziellen Gefahrenperimetern massgeblich erhöhen. Dazu würde aus Sicht Rieders auch die Entwicklung einer neuen Generation von Unwetterwarnungen für eine mobile und digitale Gesellschaft gehören.

Beat Rieder will Kommissionsmitglieder zurückbinden

Verzicht auf Mandate bei Interessenkonflikten gefordert

BERN / WALLIS | Ständerat Beat Rieder will den Anschein von Käuflichkeit der Parlamentsmitglieder vermeiden. Sie sollen deshalb bei Interessenkonflikten auf bezahlte Mandate oder den Kommissionsitz verzichten.

Konkret sollen Mitglieder einer parlamentarischen Kommission keine bezahlten Mandate von Unternehmen oder Organisationen neu annehmen dürfen, wenn diese von rechtlichen Regelungen betroffen sein könnten, für deren Erarbeitung die Kommission zuständig ist. Damit soll verhindert werden, dass die Kommissionsarbeit allzu einseitig von bestimmten Interessen dominiert wird.

Für Rieder ist klar, dass eine gewisse Verbindung zwischen Wirtschaft und Verbänden mit den Ratsmitgliedern in einem parlamentarischen Milizsystem unvermeidlich und allenfalls gar gewünscht ist. Entgeltliche Mandate aus dem Sachbereich der Kommissionen bezeichnet

er aber als problematisch. «Das schadet der Glaubwürdigkeit des Parlaments», kommentiert Rieder den Vorstoss. Dass er sich mit seiner Forderung auf bezahlte Mandatsverzichte nicht nur Freunde schuf unter der Bundeshauskuppel, nimmt Rieder auf sich. Immerhin würde die Unvereinbarkeitsregel nicht gelten für Mandate im Zusammenhang mit der hauptberuflichen Tätigkeit. Das gilt auch für Mandate, welche das Ratsmitglied bereits ein Jahr vor Einsitznahme in der entsprechenden Kommission hatte oder für solche, die mit einer Entschädigung von weniger als 5000 Franken pro Jahr abgegolten werden.

Die staatspolitische Kommission des Ständerats (SPK) hat die mittels einer parlamentarischen Initiative eingebrachte Forderung von Beat Rieder mit 7 zu 2 Stimmen (2 Enthaltungen) angenommen. Die Initiative geht nun an die Nationalratskommission. Stimmt auch diese zu, kann die SPK eine Gesetzesänderung ausarbeiten.

Amt für Gleichstellung hat nachgezählt

Frauenanteil steigt in Walliser Politik

SITTEN | Das Kantonale Amt für Gleichstellung hat den Verfassungsrat und seine Organe auf Geschlechteraspekte untersucht und dazu einen Bericht veröffentlicht.

Das Fazit: Mehr als ein Drittel der Verfassungsratsmitglieder sind Frauen. Wie das Amt mitteilt, sollte ein höherer Frauenanteil ein Ziel für die kommenden Wahlen auf Gemeinde- und Kantonsebene sein. Mit einem Frauenanteil von 38,9 Prozent haben deutlich mehr Frauen für einen Sitz im Verfassungsrat kandidiert als bei den Grossratswahlen 2017, als es 27,2 Prozent waren, so

die Verantwortlichen. Dies sei sogar das erste Mal, dass der Kandidatinnenanteil so hoch war. Auch der Anteil gewählter Frauen (33,1 Prozent) ist deutlich höher als im Walliser Parlament (19,2 Prozent). Diese Schwelle von einem Drittel Frauen unter den Gewählten sei bisher in keiner anderen kantonalen Wahl erreicht worden.

Aus Sicht der Chancengleichheit sei die höhere Frauenvertretung ein positives Ergebnis der Verfassungsratswahlen. Das Kantonale Amt für Gleichstellung und Familie sieht darin gute Prognosen für die kantonalen Wahlen 2021. **wb**

Verwaltung | Dienstchef für Umwelt geht frühzeitig

Rossier freigestellt

SITTEN | Der Staatsrat hat den abtretenden Chef der Dienststelle für Umwelt, Joël Rossier, freigestellt. Das Arbeitsverhältnis könne nicht mehr «angemessen» aufrechterhalten werden. Deshalb wurde die Zusammenarbeit mit dem Dienstchef vorzeitig beendet.

Wie es am Mittwoch vonseiten des Kantons hiess, wird Rossier per sofort freigestellt. Der Chef der Dienststelle für Umwelt hatte bereits Ende Juni seine Kündigung beim Staatsrat sowie bei seinem direkten Vorgesetzten, Staatsrat Jacques Melly, eingereicht. Daraufhin hatte man sich ge-

einigt, dass Rossier seine Aktivität bis Ende August 2019 zu 100 Prozent und in den Monaten September und Oktober zu 50 Prozent fortsetzen werde, bevor sein Arbeitsverhältnis am 31. Oktober 2019 endet.

Rossier war vieles zu träge

Rossier, der gestern nicht erreichbar war, sei der Ansicht gewesen, nicht über die nötigen Mittel und Rahmenbedingungen zu verfügen, um seine Aufgaben zufriedenstellend erfüllen zu können, heisst es in der Mitteilung weiter. Das Departement für Mobilität, Raumentwicklung und Umwelt (DMRU) hingegen beteuert, «bedeutende Anstrengun-

gen unternommen zu haben, indem es dieser Dienststelle in den vergangenen Jahren zusätzliche Ressourcen gewährt hat». Diese Meinungsverschiedenheiten hätten schliesslich die Zusammenarbeit derart erschwert, dass «der unabdingbare Sinn für Zusammenarbeit auf beiden Seiten nicht mehr ausreichend vorhanden ist».

Rossier galt innerhalb des Departements als Macher-Typ, dem vieles beim Staat zu träge war. Er habe sich beim Departementchef zusehends aufgerieben, sagt ein Insider. Rossier war nur drei Jahre im Amt. Er folgte im August 2016 auf Cédric Arnold, der zu Lonza wechselte. **dab**

Fredy Huber als Präfekt vorgeschlagen

GOMS | Die CSP Goms hat an der Sitzung des erweiterten Vorstands am vergangenen Freitag beschlossen, Staatsrat Fredy Huber als künftigen Präfekten des Bezirks Goms vorzuschlagen. Für das Vizepräfektenamt empfiehlt die Partei Roberto Imoberdorf aus Geschinen. Wie es in einer Mitteilung heisst, hätten beide das Zeug zum jeweiligen Amt. Man hoffe nun, dass die Kantonsregierung dieser Empfehlung folge.

Das Amt des Präfekten und des Vizepräfekten im Bezirk Goms wird auf das kommende Jahr hin neu bestellt werden müssen. Herbert Volken und seine Stellvertreterin Ursula Imoberdorf (CVP) hatten im Sommer ihre Demission eingereicht. **dab**